

Antrag
auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an kleine und mittlere Unternehmen im Landkreis Cuxhaven

Landkreis Cuxhaven
Bereich Wirtschaft, Mobilität & Tourismus
Kapitän-Alexander-Straße 1
27472 Cuxhaven

Eingangsstempel

Aktenzeichen: 80 _____

Die Förderung richtet sich nach der „Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Landkreis Cuxhaven“.

Das Förderprogramm wird mit Haushaltsmitteln der Städte Cuxhaven und Geestland, der Samtgemeinden Börde Lamstedt, Hemmoor und Land Hadeln sowie der Gemeinden Beverstedt, Hagen im Bremischen, Loxstedt, Schiffdorf, Wurster Nordseeküste und des Landkreises Cuxhaven ausgestattet.

1. Antragsteller

Name des Unternehmens	Ansprechpartner*
Straße/Nr.	PLZ/Ort
Telefon	Internetadresse
Telefax	E-Mail
Zuständiges Finanzamt	Samtgemeinde / Gemeinde / Stadt

* Falls Steuerberater / Wirtschaftsprüfer / Unternehmensberater etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht beifügen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass innerhalb des Antrags die weibliche Form immer mitgemeint ist und eine dauerhafte Verwendung der männlichen und weiblichen Form nur aufgrund der Länge und auf Rücksicht auf die Lesefreundlichkeit unterblieben ist. Da die „-Innen“-Form grammatikalisch nicht zulässig ist, wurde ebenfalls darauf verzichtet.

Allgemeine Öffnungszeiten
Mo – Fr.....08.00 - 12.00 Uhr
Mo – Do.....13.30 - 15.30 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Zulassungsstelle, Soziale Leistungen
www.landkreis-cuxhaven.de

Kontakt
Telefon (04721) 66 0
Telefax (04721) 66 20 40
info@landkreis-cuxhaven.de
www.landkreis-cuxhaven.de

Bankverbindung
Weser-Elbe Sparkasse

IBAN DE79 2925 0000 0155 0005 51
BIC BRLADE21BRS



2. Investitionsort

Straße / Nr.	PLZ / Ort

3. Unternehmensdarstellung / Wirtschaftsbereich/ Art der gewerblichen Tätigkeit

Rechtsform		Geschäftsführer	
Gründungsdatum		Prokurist / sonst. Stellvertreter	

Wirtschaftsbereich / Branche

- | | | |
|-------------------------------------|--|--|
| <input type="checkbox"/> Handwerk | <input type="checkbox"/> Industrie | <input type="checkbox"/> Handel |
| <input type="checkbox"/> Baugewerbe | <input type="checkbox"/> Verkehrsgewerbe | <input type="checkbox"/> Dienstleistungsgewerbe |
| <input type="checkbox"/> Hausarzt | <input type="checkbox"/> Beherbergungsgewerbe mit mehr als 10 Betten | <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte gesondert erläutern) |

Erläuterung zu Sonstiges:

Art der gewerblichen Tätigkeit bzw. Fertigungsprogramm

z. B. Herstellung von Metallerzeugnissen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen u.ä.

Unternehmenszuordnung

Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen	Jahresumsatz	Jahresbilanzsumme
<input type="checkbox"/> unter 10	<input type="checkbox"/> unter 2 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> unter 2 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> 10 bis 49	<input type="checkbox"/> 2 bis 10 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> 2 bis 10 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> 50 bis 249	<input type="checkbox"/> über 10 bis 50 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> über 10 bis 43 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> über 249	<input type="checkbox"/> über 50 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> über 43 Mio. Euro

Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei KMU

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmanteile im Besitz eines oder mehrerer anderer Unternehmen bzw. einer öffentlichen Stelle steht oder
- hält das Unternehmen Anteile von 25% oder mehr an anderen Unternehmen oder
- erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder
- bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise im selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

- nein ja (wenn ja, füllen Sie bitte das Formblatt „KMU-Prüfschema“ aus)

4. Angaben zum Vorhaben

Es handelt sich um folgende arbeitsplatzschaffende und / oder arbeitsplatzsichernde Maßnahme:

- Errichtung einer Betriebsstätte (Existenzgründungen, Neugründungen)
- Erweiterung einer Betriebsstätte
- Verlagerung einer Betriebsstätte
- Erwerb/Übernahme einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte
- Erwerb einer Betriebsstätte

5. Arbeitsplätze und soziale Bedingungen

Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (DAPL) vor Investitionsbeginn				
	Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze	Summe
Vollzeit				
Saison**			----	
Teilzeit*			----	
Wochenarbeitszeit aller Teilzeitkräfte in Stunden			----	----
			Gesamt	
Anzahl der <u>zusätzlichen</u> Dauerarbeitsplätze im Rahmen der Investition				
	Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze	Summe
Vollzeit				
Saison**			----	
Teilzeit*			----	
Wochenarbeitszeit aller Teilzeitkräfte in Stunden			----	----
			Gesamt	

* Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit als Dauerarbeitsplätze Berücksichtigung, wenn sie nach Art der Betriebsstätte während der Saisonzeit auf Dauer angeboten und besetzt werden.

** Teilzeitarbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen (Minijobs), Aushilfskräfte, Praktikanten, Heimarbeiter und ABM-Kräfte sind nicht einzutragen! Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Handelt es sich um Arbeitsplätze, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern?

Dieses kann beispielsweise bei vorliegender Zertifizierung als Teil eines Verbunds für Familie und Beruf, bei vorhandenen Möglichkeiten zur familienbedingten Teilzeitarbeit, Führung flexibler Jahresarbeitszeitkonten oder Vorhalten von Telearbeitsplätzen etc. der Fall sein.

nein ja (wenn ja, bitte erläutern)

Erläuterung:

Hinweis auf Mindestlohn

1. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts mindestens in Höhe des Mindestlohns durch den Arbeitgeber.
2. Der Antragsteller verpflichtet sich zur Zahlung eines Lohnes mindestens in Höhe des Mindestlohnstundensatzes gemäß Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz MiLoG) in der zum Antragszeitpunkt geltenden Fassung

6. Zeitliche Durchführung (der unter Nr. 7 aufgeführten Investitionen)

Beginn der Investition	Ende der Investition
(TT.MM.JJJJ)	(TT.MM.JJJJ)

Der Investitionszeitraum darf max. 18 Monate umfassen.

Vor dem Beginn des Investitionsvorhabens ist die schriftliche Eingangsbestätigung durch den Landkreis Cuxhaven abzuwarten.

7. Investitionsplan

Die im Folgenden aufgeführten Investitionen werden im Namen und auf Rechnung des Antragstellers durchgeführt (bei fehlender Identität von Investor und Nutzer ist dem Antrag eine gesonderte Anlage beizufügen).

Mein / Unser Unternehmen ist zum Vorsteuerabzug berechtigt.
 nicht berechtigt.

Sofern Ihr Unternehmen zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind die Investitionskosten ohne Umsatzsteuer anzugeben. Die geplanten Investitionskosten sind auf volle 100 Euro-Beträge aufzurunden.

	Art	Euro
a) Materielle Investition		
Bauliche Investition	Baukosten	
	Baunebenkosten	
Maschinen/ Einrichtungen		
Sonstiges		
b) Immaterielle Investition (Patente, Betriebslizenzen u. ä.)		
	Gesamtinvestition	

8. Finanzierungsplan (der unter Nr. 7 aufgeführten Gesamtkosten)

Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestition entsprechen. Die Gesamtfinanzierung des Investitionsvorhabens muss gesichert sein. Eine entsprechende Bankerklärung ist beizufügen.

Die Finanzierungskosten sind auf volle 100 Euro-Beträge aufzurunden.

Art	Euro
Eigenmittel	
Privatdarlehen	
Bankkredite	
Sonstiges (bitte erläutern)	
beantragter Investitionszuschuss (max. 25% / 7.500 € je neu geschaffenem DAPL)	
Gesamtfinanzierung	

Sofern öffentliche Finanzierungshilfen (z.B. EU-, Bundes-, Landes-, ERP-, N-Bank-, KfW-Mittel o.ä.) in Anspruch genommen werden, sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen anzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen.

Der beantragte Zuschuss kann sich reduzieren, wenn die nach Abschluss des Investitionsvorhabens als förderfähig anerkannten Ausgaben niedriger ausfallen als die geplanten Kosten bzw. die Anzahl an zusätzlichen Arbeitsplätzen nicht erreicht wird.

Bitte beschreiben und begründen Sie untenstehend oder in einer gesonderten Anlage formlos oder in einer gesonderten Anlage die vorgesehene Investition und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte. Eine Modernisierung von Produktionsprozessen unter umweltfreundlichen und nachhaltigen Aspekten sowie nachhaltige und umweltbezogene Investitionsmaßnahmen sind hier ebenfalls ausführlich zu erläutern:

9. Erklärungen

1. Ich / wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erhalt der Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit zu beginnen. Mir / uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird.

Mir / uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

2. Mir / uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass Subventionsbetrug strafbar ist. Ich / wir erkläre(n), dass mir / uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es des Landkreises Cuxhaven, der NBank, einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission bisher nicht wegen formeller und / oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht nach Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

3. Mir / uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich dem Landkreis Cuxhaven mitteilen.

4. Mir / uns ist bekannt, dass die aus diesem Antrag ersichtlichen Daten von den zuständigen Behörden auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden und ich / wir einer Veröffentlichung der Förderdaten nach der Transparenzrichtlinie (Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 8. Dez. 2006 Abl. L 371/1 Art. 7 Ziff. 2 d) zustimme/n.

5. Mir / uns ist bekannt, dass sämtliche Belege und sonstige mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen 8 Jahre aufzubewahren sind.

6. Hiermit erkläre/n ich / wir, für dieses Vorhaben keine weitere Förderung aus anderen Richtlinien beantragt zu haben. Ist für dieses Vorhaben die Beantragung von öffentlichen Finanzierungshilfen aus anderen Richtlinien beabsichtigt, ist dies umgehend dem Landkreis Cuxhaven mitzuteilen und alle Behörden, bei der für dieses Vorhaben ebenfalls eine Förderung beantragt wurde / wird, über die beim Landkreis Cuxhaven beantragte Förderung zu informieren (Ausschluss der Doppelförderung).

7. Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft zu unterzeichnen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und beigefügten Unterlagen wird hiermit bestätigt.

Ort, Datum	Unterschrift/en, Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)